

## (Umsetzung von Art. 123c BV)

Änderung vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...<sup>1</sup>,  
*beschliesst:*

I

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

### 1. Strafgesetzbuch<sup>2</sup>

*Art. 19 Abs. 3*

<sup>3</sup> Es können indessen Massnahmen nach den Artikeln 59–61, 63, 64, 67 Absätze 1 und 2, 67b und 67e StGB getroffen werden.

*Art. 67 Abs. 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup>, 4<sup>ter</sup>, 5–7*

<sup>2bis</sup> Das Gericht kann das Verbot nach Absatz 2 lebenslänglich verhängen, wenn zu erwarten ist, dass die Dauer von zehn Jahren nicht ausreicht, damit vom Täter keine Gefahr mehr ausgeht. Es kann ein zeitlich befristetes Verbot nach Absatz 2 auf Antrag der Vollzugsbehörde jeweils um höchstens fünf Jahre verlängern, wenn dies notwendig ist, um den Täter von weiteren Verbrechen und Vergehen, wie sie Anlass für das Verbot waren, abzuhalten.

<sup>3</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfasst:

- a. Menschenhandel (Art. 182), sofern er die Straftat zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung an einem minderjährigen Opfer begangen hat;

<sup>1</sup> BBl 2012 ...

<sup>2</sup> SR 311.0

- b. sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187), sexuelle Handlungen mit Abhängigen (Art. 188) oder sexuelle Handlungen mit Minderjährigen gegen Entgelt (Art. 196);
- c. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der Prostitution (Art. 195) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198), sofern er die Straftat an oder vor einem minderjährigen Opfer begangen hat;
- d. Pornografie (Art. 197):
  - 1. nach Artikel 197 Absatz 1 oder 3;
  - 2. nach Artikel 197 Absatz 4 oder 5, sofern die Gegenstände oder Vorführungen sexuelle Handlungen mit Minderjährigen zum Inhalt hatten.

<sup>4</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, besonders schutzbedürftigen Opfer, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu volljährigen, besonders schutzbedürftigen Personen umfasst:

- a. Menschenhandel (Art. 182) zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung;
- b. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der Prostitution (Art. 195), Pornografie (Art. 197 Abs. 2 erster Satz, Abs. 4 und 5) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198).

<sup>4bis</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, nicht besonders schutzbedürftigen Opfer, das zum Widerstand unfähig oder urteilsunfähig war oder sich aufgrund einer körperlichen oder psychischen Abhängigkeit nicht zur Wehr setzen konnte, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Heil- und Pfllegetätigkeit:

- a. Menschenhandel (Art. 182) zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung;
- b. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der

Prostitution (Art. 195), Pornografie (Art. 197 Abs. 2 erster Satz, Abs. 4 oder 5) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198).

*Variante 1:*

<sup>4ter</sup> Das Gericht kann in leichten Fällen von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes nach den Absätzen 3–4<sup>bis</sup> absehen, wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Bei Menschenhandel (Art. 182), sexueller Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191) oder Förderung der Prostitution (Art. 195) darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden.

*Variante 2:*

<sup>4ter</sup> *Streichen*

<sup>5</sup> Wird der Täter im selben Verfahren wegen mehrerer Straftaten zu einer Strafe oder Massnahme verurteilt, so legt das Gericht fest, welche Strafe oder Massnahme auf eine Straftat entfällt, die ein Tätigkeitsverbot nach sich zieht. Diese Strafe oder Massnahme sowie die Straftat sind massgebend dafür, ob ein Tätigkeitsverbot nach Absatz 1, 2, 3, 4 oder 4<sup>bis</sup> verhängt wird. Die Strafanteile für mehrere einschlägige Straftaten werden addiert. Es können mehrere Tätigkeitsverbote verhängt werden.

<sup>6</sup> Das Gericht kann für die Dauer der Verbote Bewährungshilfe anordnen. Es ordnet in jedem Fall Bewährungshilfe an, wenn ein Verbot nach Absatz 3, 4 oder 4<sup>bis</sup> verhängt worden ist.

<sup>7</sup> *Aufgehoben*

*Art. 67a Abs. 4, 5 und 6*

<sup>4</sup> Die Verbote nach Artikel 67 Absätze 3, 4 und 4<sup>bis</sup> umfassen immer die ganze Tätigkeit.

<sup>5</sup> Als Tätigkeiten mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen gelten:

- a. Tätigkeiten, die direkt und spezifisch gegenüber Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen ausgeübt werden, namentlich:
  1. Lehren oder Unterrichten,
  2. Erziehung oder Beratung,
  3. Betreuung oder Aufsicht,
  4. Pflege,
  5. körperliche Untersuchung oder Behandlung,
  6. psychologische Untersuchung oder Behandlung,
  7. Verpflegung,

8. Transport,
  9. direkter Verkauf oder Verleih oder direkte Vermittlung von spezifisch für die Bedürfnisse von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen bestimmten Objekten;
- b. andere Tätigkeiten, die vor allem oder wiederholt in Einrichtungen ausgeübt werden, die Dienstleistungen nach Buchstabe a anbieten; ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen örtlich oder zeitlich sichergestellt ist, dass kein Kontakt zu Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen stattfinden kann.

<sup>6</sup> Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

*Art. 67c Abs. 5 Bst. c–d, Bst. e, 6 und 6<sup>bis</sup>*

<sup>5</sup> Der Täter kann bei der zuständigen Behörde um eine inhaltliche oder zeitliche Einschränkung oder um die Aufhebung des Verbots ersuchen:

- c. *Aufgehoben*
- d. bei einem lebenslänglichen Verbot nach Artikel 67 Absatz 2: nach zehn Jahren des Vollzugs;
- e. bei einem Verbot nach Artikel 67 Absatz 3, 4 oder 4<sup>bis</sup>:
  1. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 194, 197 Absatz 2 erster Satz oder 198 angeordnet wurde: nach drei Jahren des Vollzugs;
  2. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 187 Ziffer 1 oder 4, 188, 192, 193, 196 oder 197 Absatz 1, 3, 4 oder 5 verhängt wurde, für die der Täter zu einer Strafe von bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe oder 180 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt worden ist: nach zehn Jahren des Vollzugs;
  3. in den übrigen Fällen: nach fünfzehn Jahren des Vollzugs.

<sup>6bis</sup> Ist der Täter pädophil im Sinne der Psychiatrie, so darf das Verbot in einem Fall nach Absatz 5 Buchstabe e nicht aufgehoben werden. Die zuständige Behörde stützt sich bei ihrem Entscheid auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen.

*Art. 369 Abs. 4<sup>quater</sup>, 4<sup>quinquies</sup> und 6 Bst. a*

<sup>4quater</sup> Urteile, die ein Verbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–4<sup>bis</sup> oder nach Artikel 67b dieses Gesetzes oder nach Artikel 50 Absätze 2, 3–

4<sup>bis</sup> oder 50b MStG allein enthalten, werden von Amtes wegen nach zehn Jahren entfernt.

4<sup>quinquies</sup> Urteile, die ein Verbot nach Artikel 16a JStG allein enthalten, werden von Amtes wegen nach sieben Jahren entfernt.

<sup>6</sup> Der Fristenlauf beginnt:

- a. bei Urteilen nach den Absätzen 1, 3, 4<sup>ter</sup>, 4<sup>quater</sup> und 4<sup>quinquies</sup>; mit dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig wird;

*Art. 369a erster Satz*

Urteile, die ein Verbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–4<sup>bis</sup> oder nach Artikel 67b dieses Gesetzes, nach Artikel 50 Absätze 2, 3–4<sup>bis</sup> oder 50b MStG<sup>3</sup> oder nach Artikel 16a JStG<sup>4</sup> enthalten, werden von Amtes wegen entfernt, wenn über das Ende des Verbots hinaus zehn Jahre verstrichen sind. ....

*Art. 371a Abs. 1 und 3 Bst. a*

<sup>1</sup> Wer sich für eine berufliche oder eine organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen oder mit anderen besonders schutzbedürftigen Personen oder eine Heil- und Pfl egetätigkeit umfasst, bewirbt oder eine solche Tätigkeit ausübt, kann einen ihn betreffenden Sonderprivatauszug aus dem Strafregister anfordern.

<sup>3</sup> Im Sonderprivatauszug erscheinen:

- a. Urteile, die ein Tätigkeitsverbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–4<sup>bis</sup> dieses Gesetzes oder nach Artikel 50 Absätze 2, 3–4<sup>bis</sup> MStG<sup>5</sup> enthalten;

## **2. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927<sup>6</sup>**

*Ingress*

gestützt auf die Artikel 60 Absatz 1 und 123 Absätze 1 und 3 der Bundesverfassung<sup>7</sup>,

<sup>3</sup> SR 321.0

<sup>4</sup> SR 311.1

<sup>5</sup> SR 321.0

<sup>6</sup> SR 321.0

<sup>7</sup> SR 101

*Art. 50 Abs. 2<sup>bis</sup>, 3, 4, 4<sup>bis</sup>, 4<sup>ter</sup>, 5–7*

<sup>2bis</sup> Das Gericht kann das Verbot nach Absatz 2 lebenslänglich verhängen, wenn zu erwarten ist, dass die Dauer von zehn Jahren nicht ausreicht, damit vom Täter keine Gefahr mehr ausgeht. Es kann ein zeitlich befristetes Verbot nach Absatz 2 auf Antrag der Vollzugsbehörde jeweils um höchstens fünf Jahre verlängern, wenn dies notwendig ist, um den Täter von weiteren solchen Verbrechen und Vergehen, wie sie Anlass für das Verbot waren, abzuhalten.

<sup>3</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs<sup>8</sup> angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfasst:

- a. sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a), sofern er die Straftat an oder vor einem minderjährigen Opfer begangen hat;
- b. sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 156).

<sup>4</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, besonders schutzbedürftigen Opfer, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu volljährigen besonders schutzbedürftigen Personen umfasst: sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a).

<sup>4bis</sup> Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, nicht besonders schutzbedürftigen Opfer, das zum Widerstand unfähig oder urteilsunfähig war oder sich aufgrund einer körperlichen oder psychischen Abhängigkeit nicht zur Wehr setzen konnte, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Heil- und Pflegetätigkeit: sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a).

*Variante 1:*

<sup>4ter</sup> Das Gericht kann in leichten Fällen von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes nach den Absätzen 3–4<sup>bis</sup> absehen, wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Bei sexueller Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154) und Schändung (Art. 155) darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden.

*Variante 2:*

<sup>4ter</sup> *Streichen*

<sup>5</sup> Wird der Täter im selben Verfahren wegen mehrerer Straftaten zu einer Strafe oder Massnahme verurteilt, so legt das Gericht fest, welche Strafe oder Massnahme auf eine Straftat entfällt, die ein Tätigkeitsverbot nach sich zieht. Diese Strafe oder Massnahme sowie die Straftat sind massgebend dafür, ob ein Tätigkeitsverbot nach Absatz 1, 2, 3, 4 oder 4<sup>bis</sup> verhängt wird. Die Strafanteile für mehrere einschlägige Straftaten werden addiert. Es können mehrere Tätigkeitsverbote verhängt werden.

<sup>6</sup> Das Gericht kann für die Dauer der Verbote Bewährungshilfe anordnen. Es ordnet in jedem Fall Bewährungshilfe an, wenn ein Verbot aufgrund einer Straftat nach Absatz 3, 4 oder 4<sup>bis</sup> verhängt worden ist.

<sup>7</sup> *Aufgehoben*

*Art. 50a Abs. 4, 5 und 6*

<sup>4</sup> Die Verbote nach Artikel 50 Absätze 3, 4 und 4<sup>bis</sup> umfassen immer die ganze Tätigkeit.

<sup>5</sup> Als Tätigkeiten mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen gelten:

- a. Tätigkeiten, die direkt und spezifisch gegenüber Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen ausgeübt werden, namentlich:
  1. Lehren oder Unterrichten,
  2. Erziehung oder Beratung,
  3. Betreuung oder Aufsicht,
  4. Pflege,
  5. körperliche Untersuchung oder Behandlung,
  6. psychologische Untersuchung oder Behandlung,
  7. Verpflegung,
  8. Transport,
  9. direkter Verkauf oder Verleih oder direkte Vermittlung von spezifisch für die Bedürfnisse von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen bestimmten Objekten;

- b. andere Tätigkeiten, die vor allem oder wiederholt in Einrichtungen ausgeübt werden, die Dienstleistungen nach Buchstabe a anbieten; ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen örtlich oder zeitlich sichergestellt ist, dass kein Kontakt zu Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen stattfinden kann.

<sup>6</sup> Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

*Art. 50c Abs. 5 Bst. c–d, Bst. e 6 und 6<sup>bis</sup>*

<sup>5</sup> Der Täter kann bei der zuständigen Behörde um eine inhaltliche oder zeitliche Einschränkung oder um die Aufhebung des Verbots ersuchen:

- c. *Aufgehoben*
- d. bei einem lebenslänglichen Verbot nach Artikel 50 Absatz 2: nach zehn Jahren des Vollzugs;
- e. bei einem Verbot nach Absatz 3, 4 oder 4<sup>bis</sup>:
  1. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 159 oder 159a angeordnet wurde: nach drei Jahren des Vollzugs;
  2. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 156 Ziffer 1 oder 4 oder 157 verhängt wurde, für die der Täter zu einer Strafe von bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe oder 180 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt worden ist: nach zehn Jahren des Vollzugs;
  3. in den übrigen Fällen: nach fünfzehn Jahren des Vollzugs.

<sup>6bis</sup> Ist der Täter pädophil im Sinne der Psychiatrie, so darf das Verbot in einem Fall nach Absatz 5 Buchstabe e nicht aufgehoben werden. Die zuständige Behörde stützt sich bei ihrem Entscheid auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen.

## II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.